

Nassauer Anzeiger



Amtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Oberhof, Altenhausen, Homburg, Elisenhütte.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Druck und Verlag: Buchdr. Heinr. Müller, Nassau (Lahn).

Nr. 84.

Dienstag, 22. Juli 1919.

Verantwortung: Arthur Müller, Nassau (Lahn).

42. Jahrg.

Bezugspreis:

Einzelheft 1,50 Mk. ohne Bringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Vorgabe 25 Pfg.
Die Restzeile 70 Pfg.

Der Landarbeiterstreik.

Der Belagerungszustand in Straßund.
Berlin, 17. Juli. Der „Abend“ meldet aus Straßund: Der als Erweiterung angekündigte Bürgerstreik hat gestern nachmittag ein-gebrochen. Das öffentliche Leben liegt still. Die Geschäftsleute wohnen die Fremden vor, da sie kein Unterkommen geben können. Eine Kommission von drei Ratsmitgliedern und zwei bürgerlichen Vertretern wird mit den Streikenden im Stadt- und Landkreise verhandelt.

Eingreifen des Militärs.

Greifswald, 17. Juli. Der Landarbeitersstreik im Kreise Greifswald ist im Rückgang begriffen, da das Militär, das die Gasthöfe besetzt hält, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit anhält. Die Wiederaufnahme der Arbeit war dringend nötig geworden, da die Arbeiter in Gefahr gerieten, obdachlos zu werden. Dem in den Gütern eingerichteten Aus-lass des Landarbeitersverbandes wurden 15 Mitglieder verhaftet und nach Greifswald ge-führt.

Der bürgerliche Abwehrstreik.

Stettin, 17. Juli. In Stettin hat der Abwehrstreik zur Abwehr des Generalstreiks der Arbeiter mit voller Schärfe eingesetzt. Das Elektrizitätswerk ist im Betriebe, dagegen ist es weder Gas, noch Wasser. Die Brunnen sind meist leer. Die Postbe-amten tun Dienst. Der Dampferver-kehr nach den Seebädern mußte eingestellt werden, da die Streikenden die Abfahrt der Dampfer gewaltsam zu verhindern drohten. Auch in Straßund ist noch keine Entspannung der Lage eingetreten.

Tarifabschluß.

Straßund, 18. Juli. Gestern wurde ein mit Landarbeitertarif durch beiderseitiges Einigenkommen abgeschlossen.

Interpellation in der Nationalver-sammlung.

Weimar, 18. Juli. Die deutsche Volks-partei und die Deutschnationale Volkspartei haben in der Nationalversammlung eine In-terpellation eingebracht, die anfragt, welche Maßnahmen die Regierung zu treffen gedenke, um die verheerende Wirkung der Ernestsstreiks zu verhindern.

Die Bewegung der Landarbeiter.

Berlin, 17. Juli. Ueber den Landar-beiterstreik wird an zuständiger Stelle mitgeteilt, daß er sich nicht vergrößert habe. Ein wirklicher Landarbeiterstreik scheint nur in der Gegend von Straßund stattzufinden. Im Landkreise Uckermark wurde bereits der Belagerungszustand wieder aufgehoben. In Stettin wird das Elektrizitätswerk durch mili-tärische Kräfte in Betrieb gehalten. Es sollen aber inzwischen in fast allen Teilen des Lan-des Tarifverträge abgeschlossen worden sein, was eine baldige Beilegung auch des Sym-naststreiks erwarten werden könnte.

Generalstreik und bürgerlicher Ab-wehrstreik.

Stettin, 17. Juli. Der Generalstreik, von dem Gewerkschaftskartell, dem Wahl-mann der S. P. D. und dem Parteiverein Unabh. Sozialdemokraten gestern erklärt wurde, soll durchgeführt werden bis zur Er-rückung folgender Forderungen:
1. Aufhebung des Belagerungszustandes über-all.
2. Entlassung aller während des Be-lagerungszustandes inhaftierten Gefangenen.
3. Niederschlagung aller daraus resultierenden Verfolgungen, Abberufung des Generals.
4. Anerkennung der Arbeiterräte, ohne deren Zustimmung keine militärischen Maß-nahmen gegen die Zivilbevölkerung getroffen werden können.

Der Bürgerstreik zur Abwehr des Gene-ralstreiks der Arbeiterschaft hat heute begonnen. Die meisten Läden, auch die Lebensmittelge-schäfte und die Kontore sind geschlossen, ebenso öffentliche Apotheken und Volksküchen. Das Elektrizitätswerk ist im Betrieb, dagegen gibt es weder Gas noch Leitungswasser. Die Eisenbahn geht bis jetzt noch weiter. Auch Postbeamten tun noch Dienst. Der Dampf-verkehr nach den Seebädern mußte bereits gestern trotz der Arbeitswilligkeit der Schiffs-mannschaften eingestellt werden, da die Streiken-den die Abfahrt der Dampfer gewaltsam zu verhindern drohten.

Im Abflauen.

Berlin, 19. Juli. Der Ernestsarbeiterstreik in Deutschland ist allgemein im Abflauen

begriffen. In der Provinz Pommern ist gestern die Zahl der streikenden Ernestsarbeiter bis auf 60 Prozent herabgegangen.

Der englische König gegen den Kaiserprozeß.

c Die „Prestinformation“ meldet aus Lon-don: In der Angelegenheit des Kaisers hat König Georg ein Schreiben an Lloyd George geschickt. Ferner haben sich mehrere Lords und ein Verwandter des Königs, der mit der deutschen Kaiserfamilie verwandt ist, an an-derer Stelle verwendet, um die Alliierten zu ver-anlassen, auf die Auslieferung des Kaisers ver-zichten zu wollen. Innerhalb der kirchlichen Kreise Englands nimmt die Abneigung gegen ein Gerichtsverfahren gegen den Kaiser sehr stark zu. Augenblicklich ist es jedoch der Re-gierung unmöglich, eine offizielle Erklärung abzugeben. Sicher ist, daß die Weiterhandlung der Frage einstweilen ausgelegt ist.

Bethmanns und Hindenburgs Angebot abgelehnt.

c Versailles, 19. Juli. Die Kommission für die Verantwortlichkeiten berichtete gestern dem Obersten Rat der Alliierten über die Briefe Bethmann-Hollwegs und Hindenburgs, die die Verantwortung für die Handlungen Kaiser Wilhelms übernehmen wollen. Wie Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ hat die Kommission beschlossen, das Verlangen der beiden Männer, für den Kaiser einzutreten, abzulehnen.

c Versailles, 19. Juli. Der Ausschuss zur Untersuchung der Verantwortlichkeiten hat dem obersten Rat seinen Bericht vorgelegt, in dem vorgeschlagen wird, daß keine andere Person anstelle des Kaisers verurteilt werden dürfe.

Besuch der Kronprinzessin in Wieringen.

c Haag, 18. Juli. Niederländische Kor-r.-Bür. Die Meldung, daß die deutsche Kron-prinzessin demnächst ihrem Gemahl in Wieringen besuchen wird, ist zutreffend. Der Zeitpunkt des Besuchs steht noch nicht fest.

Für den Einheitsstaat.

k Aus Hessen, 16. Juli. Der Landes-ausschuss des Landesverbandes Hessen der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 14. Juli auch mit der Frage der Errichtung der Rheinischen Republik. Nach mehrstündigen tiefgehenden Verhandlungen war als Ergebnis festzustellen, daß die Partei solchen Staatsgründungen ablehnend gegen-übersteht, weil sie zu neuen Kleinstaatereien führen, deutsches Land zerstücken und deutsche Kraft schwächen. Die Vertreter der Landes-partei sprachen sich demgegenüber fast durchweg für den deutschen Einheitsstaat aus, der, von starker Hand geleitet, unser Volk allein aus der Not und allmählich wieder in die Höhe zu führen vermag. Auch wenn er zurzeit nicht zu verwirklichen wäre, so ist er doch mit allen Mitteln zu erstreben; er wird der Leitgedanke einer gefunden, großzügigen und geschlossenen nationalen Politik sein.

Eine erfreuliche Erklärung der nassau-ischen Sozialdemokratie.

c Der Vorstand des Bezirks Nassau der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ver-öffentlicht folgende Erklärung:

„Um allen Falschmeldungen, die von in-teressierter Seite in Fragen der Rheinischen Republik“ verbreitet werden, die Spitze ab-zubrechen, erklären wir, daß wir nicht nur die dortigen Machenschaften bekämpfen, sondern uns gegen jeden Versuch des deutschen Landes zur Wehr setzen, weil sie nur zur deutschen Kleinstaaterei führen. In Ueberein-stimmung mit unseren gesamten Ortsvorstän-den im besetzten Gebiet Nassaus erstreben wir aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen die Deutsche Einheitsrepublik an und hoffen, damit dem deutschen Volke in seiner Gesam-theit am besten zu dienen.“

J. A.: D. Witte, D. Dohenhof, W. Piefer, H. Müller, A. Dietrich, K. Lindig, O. Scheff-ler, Frau Stückroth.

Wiesbaden, den 8. Juli 1919.

Eine neue Republik.

k Landau, 14. Juli. Die „Freie Pfalz“, das Organ der Anhänger einer neutralen pfälzischen Republik, erscheint seit gestern in neuer Aufmachung wöchentlich zweimal. Als Hauptschriftleiter zeichnet J. L. Emrich, als Drucker L. Deluse Nachl., Verleger ist der Bund Freie Pfalz mit Dr. E. Haack an der Spitze, sämtlich in Landau. Das Ziel des Bundes ist eine vom Deutschen Reich unab-hängige selbständige Republik Pfalz. Wie das genannte Blatt mitteilt, sollen die neuen

Steuer Gesetze in der Pfalz keine Anwendung finden, oder wenigstens nicht den erdrückenden Charakter haben, wie im rechtsrheinischen Deutschland. Das Gesetz über die Aufhebung des Bankgeheimnisses habe keine Gültigkeit in der Pfalz.

Die Volksabstimmung.

c Versailles, 18. Juli. Nach der „Chi-kago Tribune“ leitet den interalliierten Aus-schuss für die Volksabstimmung in Schleswig ein Engländer und den Ausschuss für Ober-schlesien ein Franzose.

Ein alliiertes Infanteriebataillon für Schleswig.

k Berlin, 18. Juli. Wie wir hören, über-mittelte im Auftrag des Höflichkommandieren-ten der alliierten Armeen die französische Waffenstillstandskommission in Köln am 14. Juli eine Note, in der die deutsche Regierung ersucht wird, schnellstens mit der französischen Kommission über die Ausführung des Eisen-bahntransports eines Infanteriebataillons von Köln nach Flensburg zu beraten. Dieses Ba-taillon solle, wie es in der Note heißt, dazu bestimmt sein, bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in Schleswig während der Periode der Volksabstimmung mitzuwirken.

Die Erhaltung der deutschen Krieger-gräber in Frankreich.

k Berlin, 18. Juli. Nach den ortsgeseh-lichen Bestimmungen verschiedener Gemeinden in Frankreich können Gräber bereits nach fünf Jahren neu belegt werden. Wie mitgeteilt wird, ist von unserer Seite die fran-zösische Waffenstillstandskommission gebeten worden, die deutschen Kriegergräber vor die-sem Schicksal zu bewahren, damit die Möglich-keit gegeben werde, die Leichen heimzuführen oder die Gräber zu besuchen. Die französische Kommission hat nun am 14. Juli die Erklä-rung abgegeben, daß die erwähnten ortsgeseh-lichen Bestimmungen auf die deutschen Krie-gergräber nicht angewandt werden sollen.

Der Handel mit Deutschland.

c Amsterdam, 17. Juli. Wie das Presse-büro Radio aus Washington mitteilt, lautet die Ermächtigung zur Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland dahin, daß es Per-sonen innerhalb der Vereinigten Staaten ge-stattet wird, ab 14. Juli mit Personen, die in Deutschland wohnen, Handel zu treiben und mit ihnen in Verbindung zu setzen, sowie mit allen Personen Handel zu treiben und Ver-bindungen aufzunehmen, mit denen dies laut dem enemy act verboten war.

Die Saarhohlengruben.

c Versailles, 18. November. Auf die deutsche Anregung, die nötigen Vorbereitun-gen zur Übernahme der Kohlengruben des Saarbezirks zu treffen, hat die französische Re-gierung gestern mitgeteilt, daß sie einen Gru-bendirektor in Begleitung eines Finanzbera-ters nach Saarbrücken entsenden will, um dort mit den deutschen Beauftragten am 23. Juli zusammenzukommen und das Erforderliche zu veranlassen. Bei dieser Zusammenkunft soll auch die Frage erörtert werden, inwieweit die deutschen Bergbeamten übernommen werden sollen.

Die Verteilung der deutschen Kolonien.

c Rotterdam, 19. Juli. Wie aus Paris verlautet, ist man sich gestern über die Verteilung der deutschen Kolonien einig geworden. Belgien soll an England einen bedeutenden Teil des alten Kongos abtreten und dafür einen großen Teil der deutschen Kolonien er-halten. England sichere sich auf diese Weise die Verbindung Kapstadt-Kairo.

Das deutsche Eigentum in Belgien.

c Amsterdam, 19. Juli. Nach dem „Te-legraf“ erwiderte der belgische Sozialistenführer Vandervelde auf eine Anfrage eines Vertre-ters des Brüsseler „Soir“, was mit dem deut-schen Eigentum in Belgien geschehen werde, wenn der Friede ratifiziert sei:

„Der deutsche Großgrundbesitz, wie beispiels-weise die riesigen Wälder des Herzogs von Arenberg, würden in den Besitz des belgischen Staates übergehen. Das kleinere Eigentum würde den deutschen Besitzern zurückgegeben werden.“

Der Wiederaufbau Nord-Frankreichs.

c Berlin, 18. Juli. Der Geheimre Lega-tionsrat von Simon ist, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ erfährt zum Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt ernannt worden, behält aber bis auf weiteres die Leitung der beim Auswärtigen Amt neu errichteten Stelle für

die Ausführungen der Friedensbedingungen bei. Mit der Schaffung dieser neuen Stelle ist die Tätigkeit der bisherigen „Friedenskom-mission“, die unter der Leitung des Botschaf-ters Grafen Bernstorff stand, beendet. Die neue Stelle wird zwei Unterabteilungen haben, die eine für den eigentlichen Wiederaufbau, die anderen für die finanziellen Fragen. Sie wird sich zunächst mit den Arbeiten zu dem im Friedensvertrag vorgesehene Wiederaufbau Nordfrankreichs zu beschäftigen haben. (Die belgische Regierung hat bekanntlich auf fremde Mitarbeit in ihrem Kriegsgebiet verzichtet.)

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen.

c Genf, 18. Juli. Wie das Bureau Eu-rope Press erfährt, soll mit dem Rücktrans-port der in Frankreich befindlichen Kriegsge-fangenen in den nächsten Tagen begonnen werden. Es ist täglich ein Zug für Schwer-verwundete und zwei Züge für Soldaten vor-gesehen. Die Zivilgefangenen werden über Bouvier geleitet werden.

Entente-Bermutungen über Deutschland und Rußland.

c London, 18. Juli. In Beantwortung einer Anfrage teilte Harmsworth mit:

„Er glaube, daß die deutsche Regierung sich bemühe, diplomatische Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung anzuknüpfen, und daß eine deutsche industrielle und kommerzielle Kommission Rußland besucht habe, oder im Begriffe sei, es zu tun. Die Delegierten in Paris widmeten dieser Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit.“

Das Pippesche Fürstenvermögen.

c Detmold, 18. Juli. Gestern verabschie-dete der Landtag des Freistaates Lippe-De-mold ein Landesgesetz über die Verstaatlichung des gesamten Haus- und Fideikommisses des vormaligen fürstlichen Hauses Lippe-De-mold ohne jede Entschädigung. Der in dem Lan-desauschuss vereinbarte Vergleichsvorschlag wurde vom Landtag verworfen, da von dem ehemaligen Fürsten eine Mitteilung vorlag, daß die Erlangung der Zustimmung der Ag-naten des Fürstenhauses nicht möglich sei.

Kein Sympathiestreik am 21. Juli.

k Berlin, 17. Juli. Die Politisch-Parla-mentarischen Nachrichten erführen zur Arbeiter-demonstration am 21. Juli, daß es sich dabei nur um die Bekräftigung der internationalen Solidarität handeln werde. Ein Demonstra-tionsstreik sei zwecklos und werde von den Mehrheitssozialisten feiglich als Störung des deutschen Wirtschaftslebens betrachtet werden. Es seien nur Demonstrationsversammlungen in Aussicht genommen.

k Weimar, 18. Juni. Die großpolitischen Debatten beginnen am Montag mit der Pro-grammrede des Ministerpräsidenten Bauer und des Ministers des Auswärtigen Müller. Sie werden drei Tage dauern.

Das Verlangen nach amerikanischen Truppen.

c Rotterdam, 17. Juli. Laut Nieuwe Rotterd. Courant“ erklärte Wilson in der in der Carnegie-Hall gehaltenen Rede, daß die Gebiete, die von den Alliierten besetzt werden müßten, alle um amerikanische Besatzungstrup-pen baten, da sie wüßten, daß sie dann freund-schaftliche Beschirmung und Beistand erhielten.

Disziplinarfachen.

c Berlin, 18. Juli. Donnerstag fand im Schloß in Weimar eine Kabinettsitzung statt. Gegenstand der Beratung war der Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Straf-freiheit und Strafmilderung in Disziplinar-fachen.

Drei Einheitsdampfer für Hamburg.

c Berlin, 19. Juli. Auf der Reichswerft in Kiel sollen die ersten drei Einheitsdampfer auf Stapel gelegt werden. Als Baustätte wird das Rieseloch der Werft (Tragfähigkeit 50000 Tonnen) bestimmt. Der staatlichen Werft sind außerdem noch verschiedene Auf-träge für Fisch- und Handesdampfer übertra-gen worden.

Eine Gesetzesvorlage.

Berlin, 19. Juli. In den nächsten Ta-gen wird der Nationalversammlung eine Vor-lage über ein Elektrizitätsgesetz zugehen, daß die Sozialisierung der gesamten Elektrizität für das ganze Reich bringen soll.

Ferner wird im Laufe der nächsten Woche die Vorlage über die Erhöhung der Postge-bühren herauskommen.

Der große Schwimmdock der Danziger Reichswerft versenkt.

k Berlin, 18. Juli. Nach Blättermeldungen aus Danzig sollte das große Schwimmdock der Reichswerft nach Kiel abgeschleppt werden. Die Arbeiter weigerten sich, die dazu nötigen Arbeiten auszuführen, verlangten die Zurücknahme des Befehls zum Abtransport und drohten mit der Versenkung des Docks. Da man auf dem Abtransport verzichtete, erfolgte die Versenkung.

Zeit zum Nachdenken gegeben.

md In den ersten Julitagen kam in Saarbrücken ein Gefangenentransport an, unter dem sich auch der Oberleutnant Hans Ernst Franke befand.

Beim Verladen benahm sich dieser Herr frech, anmaßend und grob, grüßte die ihm dem Rang nach höheren Offiziere nicht, die den Auftrag hatten, die Gefangenen in Empfang zu nehmen und ging sogar soweit, den einen der Offiziere anzurempeln.

Seine Haltung war so anmaßend, daß der diensthabende Offizier den Herrn Oberleutnant in Haft legen mußte.

Der General, Oberverwalter des Saarbeckens, machte den Oberleutnant Franz auf die Elementarvorschriften des Anstandes und der militärischen Zucht aufmerksam und diktierte ihm 30 Tagen strengen Arrestes zu. Er schickte ihn in das Lager von Bois l'Évêque und bat den kommandierenden General von Toul, ihn nach der Jle d'Oleron zurückzuschicken, woher er gekommen war.

Der Oberleutnant Franz wird dann bei seiner Rückkehr in seine Heimat den Zug benutzen, den der letzte Transport benutzt hat, d. h. Leute, die nicht aus dem Saarbecken stammen.

Zur Durchpfeilung der Steuervorlagen

k Der Zentralverband des deutschen Großhandels hatte, wie er schreibt, an den Reichsminister der Finanzen, Erzberger, das Ersuchen gerichtet, den berufsständischen Organisationen das gewerbliche Lebens Deutschlands Gelegenheit zur eingehenden Durchberatung der Steuern zu geben. Der Minister hat folgendes geantwortet: Auf die Eingabe vom 2. Juli erwidere ich ergebenst, daß die der Nationalversammlung vorgelegten neuen Steuerentwürfe, wie das richtig angeführt wird, im Hinblick auf die Bedürfnisse der Reichsfinanzverwaltung mit größter Beschleunigung zur Verabschiedung gebracht werden müssen. Die unmittelbar beteiligten Kreise sind bei der Ausarbeitung der einzelnen Gesetze, soweit es möglich ist, zu beteiligen. Zu einer weitergehenden Erklärung, wie sie dort gewünscht wird, fehlt es dagegen diesmal an der erforderlichen Zeit, und es muß daher die Vorbringung von Anregungen und Wünschen den Beratungen in der Nationalversammlung überlassen bleiben.

Die Mehrheitssozialisten gegen die Unabhängigen.

k Berlin, 17. Juli. In der gestrigen Fraktionsitzung der sozialdemokratischen Arbeiterräte erklärte Brolat:

„Den Parteigenossen könne nicht zugemutet werden, mit den Unabhängigen und Kommunisten im Vollzugsrat und in der Vollversammlung noch länger zusammenzuarbeiten. In der letzten Vollzugsratsitzung seien die Kommunisten in schamhaftester Weise über die Sozialdemokraten hergefallen.“

Alle Redner begrüßten den Vorschlag, aus dem Vollzugsrat auszutreten mit Genehmigung. Es wurde eine entsprechende Erklärung einstimmig angenommen. In der heute stattfindenden Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte werden die Mehrheitssozialisten nicht mehr teilnehmen. Der Zusammenschluß mit den Demokraten wird von verschiedenen Blättern als bevorstehend angesehen.

Volkszählung und Ernährungswirtschaft.

k Berlin, 17. Juli. Wie die „Morgenpost“ berichtet, soll am 10. September eine allgemeine Volkszählung in Deutschland stattfinden, die der Feststellung der versorgungsberechtigten Personen für die Ernährungswirtschaft dient.

Der Beirat für das besetzte westliche Gebiet.

k Weimar, 17. Juli. In einer Besprechung mit dem Unterstaatssekretär Lemaire wurde heute der Beirat bei dem Reichs- und Staatskommissar für das besetzte Gebiet im Westen gebildet. Es besteht aus 18 Personen, sieben Vertretern des Zentrums, vier Sozialdemokraten, drei Demokraten, zwei Vertretern der Deutschen Volkspartei, einem Vertreter der Deutschnationalen und einem unabhängigen Sozialdemokraten. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei sind die Abgeordneten Dr. Becker, Hesse, und Professor Moldenhauer, Köln. Deren Stellvertreter sind die Abgeordnete Dr. Kalle und Justizrat Neumeyer, Pfulz, Mitglied der bayrischen Landesversammlung.

Die Tabaksteuer.

k Weimar, 16. Juli. Der Steuerauschuß für indirekte Steuern nahm heute die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Steuerhöhen im wesentlichen an. Auf Antrag des Abgeordneten Kempkes (Deutsche Vp.) wurden für Zigarren über 120 Pfennig bis zu einem Verkaufspreis über 3 Mark für die Zigarre weitere Steuerhöhen angeordnet, und zwar für Zigarren im Preise 1,50 Mark das Stück 500 Mk., von 1,80 Mk. 600 Mk., von 2 Mk. 700 Mk., von 2,50 Mk. 925 Mk., von 3 Mk. 1200 Mk., über 3 Mark 1600 Mark Steuer. Nach § 12 des Entwurfs ist für eine Steuerrückstellung der Tabaksteuer bis zu einer Frist von 6 Monaten eine Sicherheitsleistung gesetzlich vorgeschrieben. Mit Rücksicht auf die kapitalarmen Betriebe nahm der Ausschuß eine Zusatzbestimmung an, wonach auch ohne Sicherheitsleistung die Steuern für eine Frist von drei Monaten gestundet werden können.

Von Nah und Fern.

k Nassau, 19. Juli 1919. Wir weisen auf dem in Nr. 81 d. Bl. abgedruckten Aufruf zur Hilfe für die armen Kinder des Erzgebirges hier und bitten, Ihrer doch zu gedenken. Haben nicht noch ein paar Bürger unserer Stadt eine oder ein paar Mark für diese Armenisten übrig? Gaben an die Geschäftsstelle d. Bl.

k Nassau, 21. Juli. Gestern fand hier auf unserm Sportplatz ein Wettspiel unserer 1. Mannschaft gegen die 1. Mannschaft des Sportvereins „Freienholz“ statt. Bei einem sehr schönen offenen Spiel endete das Spiel zugunsten der „Nassovia“ mit 11:1 Toren. Bei Halbzeit stand das Spiel 7:1 Toren. Gleichzeitig fand ein Wettspiel unserer 2. Mannschaft gegen des Sportvereins „Eintracht“ Oberhof in Oberhof statt, aus der unsere 2. Mannschaft mit 1:0 Toren als Sieger hervorging.

k Neue Fünfzigpfennigstücke. In nächster Zeit werden Fünfzigpfennigstücke aus einer Mischung von Aluminium, Zink oder Kupfer hergestellt werden.

k Handwerkskammer Wiesbaden. (Betreffend das Handwerker-Erholungsheim in Traben-Trarbach a. d. Mosel.) Das Erholungsheim, das seit Beginn des Krieges für unsere Zwecke geschlossen und von der Militärbehörde in Anspruch genommen war, ist nunmehr frei und völlig in Stand gesetzt, sodas der Betrieb am 1. August 1919 wieder eröffnet werden wird. Der Pensionspreis wird voraussichtlich 12-14 Mk. für den Tag betragen. Indem wir erholungsbedürftige Handwerker hier von in Kenntnis setzen, bitten wir, etwaige Anmeldungen entweder durch uns oder direkt an den Verein Handwerker-Erholungsheim, E. V., Coblenz, Ritzstraße 26, zu richten. Bedürftigen Handwerkern kann aus dem bezüglichen Fonds unsererseits eine angemessene Beihilfe zu den Kosten bewilligt werden. Bezügliche Anträge sind schriftlich in begründeter Form an uns zu richten. Nähere Auskunft erbittet man am besten direkt von dem Verein Handwerker-Erholungsheim zu Coblenz oder auch bei der Handwerkskammer.

k Ems, 17. Juli. Generaldirektor Rücker stiftete aus Anlaß seines jüngsten Sohnes aus amerikanischer Gefangenschaft 10 000 Mark. Die Zinsen sollen in den ersten 15 Jahren 2 Emser Kindern als Berufsbeihilfe gewährt werden. Nach Ablauf dieser Zeit wird das Kapital zur Errichtung von Brunnenanlagen zur Tränkung von vorbeikommenden Tieren verwendet werden.

k Bad Ems, 21. Juli. (Kurttheater) Am Mittwoch kommt von Künstlern des Wiesbadener und Mainzer Theaters die bekannte Operette: „Ein Walzertraum“ zur Aufführung.

Die Gerichtsferten haben am 15. Juli begonnen und enden am 15. August.

k Preussische Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau zu Gelsenheim am Rhein. Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß an der Preussischen Lehranstalt in der Zeit vom 1. bis 9. August 1919 ein Obstverwertungslehrgang für Männer und Hauswirtschaftslehre abgehalten wird. Der Lehrgang beginnt am dem zuerst genannten Tage vormittags um 8 Uhr. Der Unterricht wird theoretisch und praktisch erteilt, sodas die Teilnehmer Gelegenheit haben, die verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten auszuüben. Das Unterrichtsgeld beträgt 20 Mark. Anmeldungen sind unter Angabe des Standes, Vor- und Zunamens, Wohnortes sowie der Staatsangehörigkeit an die Direktion zu richten.

k Aus Nassau, 20. Juli. Unter einer Anzahl Schafe in der Gemeinde Hinterwald ist die Räude amtlich festgestellt worden.

Wer leiht

einem Beamten zum Ankauf eines Hauses 6000 Mk. Kapital. Sicherung ist vorhanden.

Offert. unter R. N. 18 an die Geschäftsst.

Bekanntmachung.

Die Auskunftsstunden in Kriegsbeschädigten-, Hinterbliebenen- und Unterstützungsangelegenheiten im Unterlahnkreis finden im Monat Juli 1919 wie folgt statt:

am 25. Juli von 1½ - 4 Uhr in Nassau, Rathaus, Zimmer 5.

Oberlahnstein, den 27. Juni 1919.

Kontrollamt Oberlahnstein.

Basting.

Gesehen und genehmigt.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.

Chattras, Major.

Auskunfts- u. Beratungsstelle für Handwerker und Gewerbetreibende in Nassau

am Mittwoch, den 23. Juli, nachmittags von 2-5 Uhr im Rathaus, Zimmer 4. Leibbezugsantragsformulare können daselbst entnommen werden.

Kurttheater Bad Ems

(im Kursaalgebäude).

Leitung: Hofrat Hermann Steingötte.

L. V. Albert Heinemann.

Mittwoch, 23. Juni 1919, abends 7½ Uhr:

Großes Operetten-Gastspiel

erster Mitglieder des Nassauischen Landestheaters (ehem. Königl. Hoftheater zu Wiesbaden) und des Mainzer Stadttheaters.

Ein Walzertraum,

Operette in 3 Akten. Musik von Oskar Strauss.

Preise der Plätze: Rangloge Mk. 12.—, Balkon M. 8.—, Saalsitze:

1.—5. Reihe M. 10.—, 6.—10. Reihe

M. 8.—, 11.—15. Reihe M. 6.—, 16.—20.

Reihe M. 4.—.

Vorverkauf in der A. Pfeffer'schen Buchhandlung sowie im Geschäftszimmer des Hausverwalters Bailly im Kursaal. Telefon 163.

Ein Triebwagen fährt am 11 Uhr in der Richtung Diez und hält an allen Stationen.

Einen gebrauchten, aber noch betriebsfähigen

Kassenschrank

zu kaufen gesucht. Gasinspektor Arienke.

Suche für 1. August zuverlässige, ältere, einfache

Stütze oder besseres Mädchen

für Küche und Hausarbeit. Gute Zeugnisse erforderlich.

Frau Amtsgerichtsrat Wurmbach,

Niederlahnstein, Augustastr. 4.

Bündhölzer eingetroffen

bei H. Trombetta, Nassau.

Nachrichten des Wirtschaftsamtes der Stadt Nassau.

Haferstrohen.

Auf Abschnitt 8 der Lebensmittelkarte werden vom 22. Juli bis einschließlich 26. Juli in dem Geschäft von J. W. Ruhn, Karl Pebler, Adolfer Konjum und Auguste Bach 250 Gramm Haferstrohen verabfolgt. Dätsch mitbringen.

Verfütterung von Brotgetreide und Gerste im grünen Zustande.

Durch die Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919, Reichsgesetzblatt Nr. 115, sind Brotgetreide (Roggen, Weizen, Speltz, Dinkel, Fesen) Ernter und Einkorn) und Gerste für den Kreis beschlagnahmt. Eine Verfütterung in grünem Zustande ist verboten und strafbar.

Berlören ein goldner Herrenring mit rotem Stein.

derbringer erhält gute Belohnung, weil Andenken meines verstorbenen Bruders. Rudolf Degenhardt, Nassau.

Bereinsnachrichten.

Männer-Gesangsverein. Mittwoch 8 Uhr Gesangsstunde.

Mein Damen-Friseur-Salon

ist wieder geöffnet.

Frau Hedwig Bramm, Nassau.

Mode-Zeitschriften

können wieder geliefert werden und halten für Lieferungen bestens empfohlen.

S. Jörg, Nassau, Buchhandlung.

Kortendied's Futterwürze

mit Nährsalz und Kräutern. Bewährtes Mittel um die Fresslust aller Haustiere anzuregen.

Unterstützt Mästung, Milchergiebigkeit und Eierproduktion.

Alleinverkauf: Drogerie Trombetta.

Öffentliche Quittung.

Für die Kinder im Erzgebirge gingen weiter:

Ungeannt 50 Mk.,

5 "

10 "

48 "

Aus einer Hausammlung 48 "

worüber wir dankend quittieren.

Nassauer Anzeiger.

Gebr. Kaffee, stets frisch aus der eigenen Rösterei 9.00

Rakao, garantiert rein, vorzügliche Qualität Pfd. Mt. 8.00

See, hochfeiner Ceylon-See, Pfd. Mt. 12.00

Schokolade, französische, 1/2 Pfd.-Tafel Mt. 5.50

Gerstenkaffee in 1 Pfd.-Paketchen, Pfd. Mt. 1.16

Neue Pfälzer Zwiebeln, Pfd. Mt. 0.35

zu haben im

Rölner-Consum-Geschäft,

Nassau, Amtsstr. 4.

Billigste Bezugsquelle in Einkochgläsern

und Gummiringen bei

Albert Rosenthal, Nassau.